

**Leitlinien  
der  
Freien Wähler –  
FWG Hessen e.V.**



***Unabhängigkeit ist unsere Stärke !***

**Inhalt**

1. Unser Selbstverständnis
2. Unser Weg zum Ziel
3. Europa, Föderalismus, Subsidiarität
4. Kommunale Selbstverwaltung
5. Solide Gemeindefinanzen
6. Moderne Verwaltung
7. Wirtschaft, Arbeit, Zukunft
8. Bildung, Ausbildung, Wissenschaft
9. Gesundheit als Staatsziel –  
Nein zur Zwei-Klassen-Medizin
10. Soziale Sicherung
11. Innere Sicherheit, Frieden und Freiheit
12. Mobilität ist Zukunft
13. Landwirtschaft, ländlicher Raum, Umwelt
14. Direkte Demokratie, Starke Bürger
15. Zukunft@Demokratie
16. Mehr Demokratie – Weniger Partei
17. Transparente Parteienfinanzierung
18. Impressum / Weitere Informationen

**→ Reihenfolge noch offen!**

## Unser Selbstverständnis

„*Unabhängigkeit ist unsere Stärke*“ - vom kommunalen Selbstverwaltungsrecht im Sinne des Freiherrn vom Stein leiten wir **Freie Wähler** unsere Legitimation ab. Wir **Freie Wähler** stehen in der Verantwortung gegenüber hilfsbedürftigen Einzelnen und Gruppen. Wir **Freie Wähler** sind traditionell, wenn es um die Erhaltung bewährter Lebensformen und Werte geht, wir sind aber auch kreativ, wenn es sich um die Schaffung zeitgemäßer und zukunftsorientierter Bereiche handelt.

Die Bewahrung bzw. Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen gehört zur umweltbewussten Überzeugung der **Freien Wähler**. Toleranz gegenüber Andersdenkenden ist eine selbstverständliche Grundhaltung der **Freien Wähler**. Gegenüber Auswüchsen dieser Grundhaltungen und gegenüber Ideologien jeder Couleur haben wir **Freie Wähler** ein distanzierendes Verhältnis. Ideologien sind „Impfstoffe gegen das kritische Denken“. Eine gesunde Skepsis muss man sich gegenüber jenen erhalten, die für alle Probleme ein schnelles Patentrezept zur Hand haben. Eigenes Nachdenken und eigene Verantwortlichkeit sind durch nichts zu ersetzen.

Wir **Freie Wähler** sind keine Partei und müssen keine Rücksicht auf Partei- und Regierungsinteressen nehmen. Dies macht uns **Freie Wähler** frei und unabhängig.

Politisch zeichnen wir **Freie Wähler** uns durch das Bekenntnis zu den Bürgerinnen und Bürgern aus. Nicht ein Parteibuch sondern die Achtung vor unseren Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie der Wille zur politischen Veränderung sind Motivation für unser politisches Denken und Handeln. Wir **Freie Wähler**

schöpfen unsere Kraft aus Idealen und visionären Ideen, nicht jedoch aus Ideologien.

Eine Richtschnur unseres Handelns sind zum Beispiel die Worte Immanuel Kants: *"Handle stets so, dass die Maxime Deines Handelns zur Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung dienen könnte!"*

Wir **Freie Wähler** vertrauen auf die Kraft und die Vielfalt der Persönlichkeit und setzen auf die Worte Oskar Wildes: *"Persönlichkeiten, nicht Prinzipien bringen die Zeit in Bewegung!"*

Einen Fraktionszwang lehnen wir ab.

Dies bedeutet, dass wir **Freie Wähler** Persönlichkeiten haben und auch weiterhin brauchen, die Farbe bekennen, wenn es gilt, Sachentscheidungen im Interesse der Menschen zu treffen.

Deshalb ist *Unabhängigkeit unsere Stärke!*

## Unser Weg zum Ziel

Seit Jahrzehnten leisten Wählergemeinschaften in Hessen überparteiliche, von Organisationsinteressen und Weltanschauungen freie Arbeit in Gemeinden, Städten und Kreisen. Sie sind nicht Parteizentralen und Ideologien verpflichtet, sondern allein dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger.

In vielen Parlamenten vertreten und bewährt, sind die Wählergemeinschaften kommunalpolitisch die drittstärkste Kraft in Hessen.

Ein Großteil dieser Wählergemeinschaften ist zusammengeschlossen im Landesverband der freien, unabhängigen und überparteilichen Wählergemeinschaften in Hessen, kurz **Freie Wähler – FWG Hessen e.V.**

Die politische Entwicklung in Bund und Land lähmt die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen. Wir **Freie Wähler** sind überzeugt, dass sich ein gesunder Staat nur von unten nach oben aufbaut, dass die Gemeinde den besten Rahmen zur Verwirklichung lebendiger und begreifbarer Demokratie bietet.

Für viele Bürger wurden die Parteien zum Sinnbild staatlicher Entmündigung. In unserer Gesellschaft werden nicht Wettbewerb und Vielseitigkeit gefragt, sondern Anpassung. Vollversorgung und zu hohe Ansprüche führen zum Verlust der Eigeninitiative und rufen Enttäuschung über die Nichterfüllung vieler Wünsche hervor. Protest- und Nichtwähler sowie politisches Desinteresse sind die Folge.

Das Versagen der staatstragenden Parteien in Bund und Land, die katastrophale öffentliche Überschuldung, allumfassender Regulierungswahn und aufgeblähte Bürokratie zerstören die Grundlagen kommunaler Selbstverwaltung ebenso wie die der Demokratie.

**Freie Wähler** präsentieren deshalb ihre längst bewiesene Fähigkeit zur politischen Mitverantwortung und Mitarbeit auf Landesebene mit eigenen Konzepten – unseren Leitlinien – den Bürgerinnen und Bürgern.

Diese Leitlinien sind kein Parteiprogramm, sondern eine Orientierungshilfe zu einem Weg aus unserer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Krise. Zu einigen Themenfeldern zeigen sie Strategien und Lösungsansätze auf. Wie ein roter Faden zieht sich der Grundgedanke einer Politik „von unten nach oben“ durch die Leitlinien: Mehr Freiraum und mehr Selbstverantwortung für die Einzelpersonlichkeit in gleicher Weise wie für die kleinen Einheiten.

Die Leitlinien der **Freien Wähler** sind ein Rahmen, der jedem genügend Spielraum für seinen eigenen Standpunkt lässt und dennoch eine Richtung hin zu Pragmatismus und zu einer von Verantwortungsethik geprägten Werteorientierung weist.

Diese Leitlinien müssen von uns **Freien Wählern** kontinuierlich überprüft, neu definiert und bedarfsgerecht fortgeschrieben werden.

## Europa – Föderalismus – Subsidiarität

Die Welt verändert sich spürbar und immer schneller. Globalisierung, Internationalisierung, Europäisierung und ein Hang zum Zentralismus sind dafür nur einige Stichworte.

Die Politik muss dabei darauf achten, dass sich diese Veränderungen mit den Menschen vollziehen und nicht an ihnen vorbei.

### **Unser Bekenntnis zu Europa**

Die **Freien Wähler** bekennen sich zu Europa, dessen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg und seinen Organisationen sowie Institutionen.

Die Einigung Europas ist eine zentrale Gestaltungsaufgabe, um Frieden und Freiheit dauerhaft zu sichern.

Der Prozess der europäischen Integration ist kontinuierlich voranzutreiben.

Europa hat sich verstärkt demokratisch zu organisieren und einem dem Grundsatz der Gewaltenteilung gemäßen Aufbau zu folgen. Daher hat auch eine grundlegende Reform der europäischen Institutionen und Organe mit einem gestärkten Parlament stattzufinden, ebenso ein Übereinkommen zu europäischen Grundrechten.

Wir **Freie Wähler** fordern dabei nachdrücklich die Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes durch die EU – Institutionen.

Insgesamt sind auch die Beteiligungsrechte der Gemeinschaftsbürgerinnen und -bürger zu stärken, um eine demokratischere Mitwirkung zu sichern. Damit wird das Vertrauen in Europa nachdrücklich gefestigt.

Die bisherige Umlagefinanzierung muss grundsätzlich überdacht werden. Wir plädieren für eine Umwandlung der traditionellen europäischen Strukturpolitik mit einem Subventionswettbewerb in eine gezielte eigenständige Regionalförderung, welche durch die jeweiligen Mitgliedsstaaten mitgestaltet werden kann.

### **Stärkung des Föderalismus**

Föderalismus ist ein zentrales Strukturprinzip des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Die Intention des Grundgesetzes geht dahin, dass die Ausübung staatlicher Befugnisse primär Sache der Länder sein soll.

Die **Freien Wähler** fordern insgesamt eine Neubelebung des Föderalismus. Damit einhergehend ist – unter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips – die Länderzuständigkeit wieder zu stärken. Zu überdenken ist deshalb die Zukunft der konkurrierenden Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern zugunsten einer klaren Kompetenzaufteilung. Die **Freien Wähler** fordern eine Stärkung des Föderalismus und eine Rückholung von Gesetzgebungskompetenzen. Eine Reduzierung der Anzahl der Bundesländer ist zwingend erforderlich.

### ***Subsidiarität fördern***

Subsidiarität ist der Grundsatz des Vorrangs der bestmöglichen Verantwortungs- und Handlungsebene. Festzustellen ist jedoch, dass in zunehmenden Maße sowohl die EU als auch der Bund Kompetenzen der Kommunen und Länder an sich zieht, so dass die Legitimation der eigentlich verantwortlichen Ebene sinkt und sowohl der Föderalismus als auch die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt wird.

Die ***Freien Wähler*** begreifen die Subsidiaritätsklauseln als Kompetenzausübungsschranke für diejenigen Fälle, in denen die jeweils unterste Ebene ihre Kompetenzen, die ihr an sich zustehen, ausüben dürfen, falls die angestrebten Ziele in ausreichendem Maße erreicht werden können.

Daher fordern wir die zwingende Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes auf allen Ebenen und eine langfristig orientierte Aufgaben- und Funktionsreform. Dinge sollen dort geregelt werden, wo sich der Sachverstand und das Näheverhältnis am besten auswirken.

Die ***Freien Wähler*** bekennen sich zu

**Europa,  
Föderalismus,  
Subsidiarität.**

## **Kommunale Selbstverwaltung**

Die Kommune ist die kleinste und am besten funktionierende politische Einheit. Das „Erfolgsrezept“ ihres Funktionierens lautet:

- Selbstverwaltung
- Selbstverantwortung
- demokratische Legitimierung und Kontrolle.

Das Staatswesen in Hessen sollte auf seiner untersten, der kommunalen Ebene dem Funktionsprinzip eines biologischen Organismus entsprechen: Jede einzelne Zelle erfüllt weitgehend eigenständig die ihr zugewiesene Aufgabe. Untereinander stehen die Zellen in Verbindung und addieren sich gemeinsam zum Gesamtkörper.

So könnte auch ein politisches Staatswesen in seiner Gesamtheit optimal funktionieren. Jedoch leiden die Kommunen unter einer Strangulierung. Die „Krankheit“ heißt „Zentralismus“ und „Überregulierung“: Immer neue Aufgaben ohne Mittelzuweisung, immer neue Vorschriften und Verordnungen, immer mehr Lasten und immer weniger Spielraum.

Die Handlungsfreiheit der Kommune als Voraussetzung für ihr erfolgreiches Funktionieren muss nach Ansicht der ***Freien Wähler*** wieder hergestellt werden.

Dazu sind drei Voraussetzungen erforderlich:

1. **Zurück zu den regionalen Einheiten als Mittelpunkt des politischen Lebens:** Dies erfordert den Abbau der Zentralisierung mit dem Ziel, dass sich die Entscheidungskompetenz von unten nach oben aufbaut.
2. **„So wenig Staat wie nötig, so viel Selbstverwaltung wie möglich“:** Dies erfordert eine weitgehende Verwaltungsreform, die vom Prinzip der „funktionierenden Einheiten“ ausgeht, diesen eine weitestgehende Selbständigkeit gewährt und Kompetenzüberschneidungen vermeidet.
3. **Das Prinzip der „Nähe“:** Diese muss als wesentliches Wirtschafts- und Handlungsprinzip praktiziert werden: Jeder Ort, jede Region hat ihre Besonderheiten und ihre Vorzüge. Diese müssen noch viel stärker als bisher gesucht und als „Standortvorteil“ herausgestellt werden. Kommunale Aufträge sollen in größerem Umfang „vor Ort“ vergeben werden können, regionale Produkte könnten noch viel stärker in der Region präsentiert und vermarktet werden. Wirtschaftsförderung ist in der Kommune und in der „Region“ zu betreiben. Auf diese Weise kann erreicht werden, dass das Verhältnis zwischen Erzeuger und Verbraucher nicht nur ein rein merkantiles Verhältnis bleibt, sondern durch das Prinzip der „Nahversorgung“ auch so etwas wie eine Partnerschaft daraus entsteht.

Wir **Freie Wähler** setzen uns ein für die Stärkung der  
**kommunalen Selbstverwaltung**

## Solide Gemeindefinanzen

Gesunde Gemeindefinanzen sind Grundlage eines funktionierenden Staatswesens. Die Aufgabe der Politik ist es, Lösungen auf Einnahmen- und Ausgabenseite zu entwickeln, mit denen die strukturellen Probleme des kommunalen Finanzsystems in den Griff zu bekommen sind. Mittelpunkt der Überlegungen auf der Einnahmenseite ist die Zukunft der Gewerbesteuer.

Auf der Ausgabenseite soll durch die Verschmelzung der vom Bund gezahlten Arbeitslosenhilfe mit der von den Kommunen gezahlten Sozialhilfe eine Einsparung für die Haushalte der Kommunen erfolgen.

Auf der Einnahmeseite sehen die **Freien Wähler** das unabdingbare Ziel einer Verstärkung der kommunalen Einnahmen. Schwankungen aufgrund konjunktureller Ereignisse dürfen nicht mehr so stark durchschlagen wie dies jetzt noch bei der Gewerbesteuer der Fall ist. Aus der Sicht der Kommunen ist die Gewerbesteuer eine unzuverlässige und damit schlecht planbare Einnahmequelle.

Eine Revitalisierung der Gewerbesteuer lehnen die **Freien Wähler** als mittel- und langfristige Lösung ab.

### **Neue Wege – Neue Chancen: die Kommunalsteuer**

Die **Freien Wähler** sprechen sich für die Abschaffung der Gewerbesteuer und des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer aus, sofern gleichzeitig das Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer eingeführt wird. Damit dies ohne Erhöhung der steuerlichen Gesamtbelastung geschehen kann, muss der Einkommensteuersatz gesenkt und

die Körperschaftssteuer angehoben werden. Damit wird der nötige Freiraum für die Festsetzung kommunaler Zuschläge geschaffen.

Das Zuschlagsrecht liegt bei der Betriebsstättengemeinde. Das Erfordernis des Grundgesetzes wird damit erfüllt, weil die kommunale Steuerquelle „Wirtschaftskraftbezogenheit“ aufweist. So erhalten die Kommunen eine wesentlich stabilere Steuerquelle und werden in ihrer Finanzautonomie entscheidend gestärkt. Das Steuerrecht wird durch den Wegfall einer kompletten Steuerart vereinfacht. Die Steuerertragsverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird ein Stück weit entflochten.

Beim kommunalen Zuschlagsmodell werden alle Nutznießer gemeindlicher Infrastrukturleistungen an deren Finanzierung beteiligt. Die Beteiligung erfolgt nach Maßgabe der steuerlichen Leistungsfähigkeit, im Gegensatz zu den Revitalisierungsvorschlägen. Des weiteren würde die Schwankungsproblematik bei der Gewerbesteuer beseitigt. Alle in der Gemeinde ansässigen Bürger und Unternehmen werden erfasst und damit die Bemessungsgrundlage erheblich erweitert.

Neu an dem System wäre auch, dass die Steuerlast des Arbeitnehmers von seinem Wohnort abhinge. Durch das Zuschlagsrecht kann es daher je nach Wohnort zu einer Erhöhung oder auch Senkung der individuellen Einkommensteuerlast kommen.

Das Zuschlagsrecht ist für die Gemeinden mit einer Reihe von Vorteilen verbunden. In jedem Fall erhöht sich die Transparenz der Steuerbelastung. In der Regel weiß der Bürger nicht, dass

15 % seiner Einkommensteuer an seine Wohnsitzgemeinde fließen. Er kann daher wenig Kostenbewusstsein für die ihm von seiner Gemeinde zu Verfügung gestellten Leistungen entwickeln. Wenn die Steuerzahlungen der Bürger einen eindeutigen Adressaten haben, würde sich das herrschende Anspruchsdenken und die Forderungsmentalität positiv verändern. Jedem Steuerzahler wird der Zusammenhang zwischen Angebot öffentlicher Leistungen und Höhe der Steuerbelastung nachvollziehbar vor Augen geführt.

Das Zuschlagsmodell ist ein grundlegender Systemwechsel und benötigt ausreichenden Vorlauf mit auf repräsentativen Erhebungen gestützten Berechnungen und sorgfältiger Klärung aller Details.

**Freie Wähler** fordern jetzt den Mut zu einer großen, zukunftsfähigen Lösung.

Wir **Freie Wähler** sprechen uns aus für  
**solide Gemeindefinanzen.**

## Moderne Verwaltung

Mit wenigen Schlagworten lässt sich feststellen, dass die Verwaltung in Hessen aber auch auf der Europa- und Bundesebene unübersichtlich, zu teuer und überreguliert ist. Hingegen ist als Zielvorstellung festzuhalten, dass die Verwaltung überschaubar einfach, nachhaltig finanzierbar und qualifiziert leistbar sein soll.

### **Verwaltungsreform konsequent umsetzen!**

Wir **Freie Wähler** sehen als Ziele einer Verwaltungsreform:

1. Konzentration auf Kernbereiche, mehr Wirtschaftlichkeit
2. Straffung der oberen Landesverwaltung
3. Rückführung / Abschaffung der Regierungspräsidien
4. Schaffung eines flexiblen Regionalmanagements
5. Verstärkte Privatisierung
6. Kommunalisierung der staatlichen Verwaltung auf Kreisebene, erweiterte Delegation auf Kommunen und verstärkte Kommunalreform
7. Einbindung in / Förderung nach Föderalismusreform und Länderneugliederung

Als notwendige Rahmenbedingungen sind festzuhalten: drastischer Vorschriftenabbau, Einführung der kaufmännischen Buchführung und neuer Verwaltungssteuerung sowie eine Tarif- und Dienstrechtsreform.

### **Klare Strukturen – Nahe Lösungen!**

Wir **Freie Wähler** sehen dabei folgende strukturelle Konsequenzen:

1. Delegation von Aufgaben auf die Gemeindeebene soweit als möglich, Stärkung und Förderung gemeindlicher Kooperationsmöglichkeiten
2. Kommunalisierung der staatlichen Aufgaben auf Kreisebene
3. Schrittweise Reduzierung und Delegation der Aufgaben des Regierungspräsidiums
4. Soweit Aufgaben nicht auf der Ministerialebene unmittelbar verbleiben müssen, sind diese einem Landesverwaltungsamt zu übertragen. Hierzu gehören Genehmigungen von Großprojekten sowie die Kommunalaufsicht/ Rechnungsprüfung für die gestärkte und weitergehend kommunalisierte Kreisebene
5. Sonstige, die Kreisebene überschreitende Politik ist in erster Linie Aufgabe des Landes und der gewählten Landesgremien. Dies gilt insbesondere für:
  - Regional- und Landschaftsplanung
  - Verkehr und Verkehrsplanung sowie Organisation des ÖPNV
  - Koordination von Abfallwirtschaft und -verwertung
  - Planung der regionalen Energiepolitik
  - Regionale Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik
  - Tourismus und Wirtschaftsförderung
  - Regionale Kulturpolitik
  - sowie Abstimmung überörtlicher Aufgaben des Umweltschutzes.

Diese Aufgaben aktiv und gestaltend wahrzunehmen ist Sache des Landes. Diese Aufgaben sollten

projektbezogen durch die Moderation des Landes in Kooperation zwischen Land und Kommunalen Trägern erfolgen.

### ***Mitentscheiden - Mithandeln***

Die **Freien Wähler** teilen die Erwartungen der Kommunen und Kommunalverbände auf eine transparente Information und kooperative Einbindung in die Entscheidungsprozesse

Das Ziel der Verwaltungsvereinfachung kann nur gelingen, wenn eine äußerst kritische Aufgabenreform verbunden mit einer Delegation von oben nach unten, zum Beispiel die Ebene der Regierungspräsidien bis hin zur Aufgabe in Frage stellt. Nur dadurch können vorhandene Kapazitäten freigesetzt und die notwendigen Ressourcen gewonnen werden, die notwendig sind. Andernfalls können die auch in Zukunft wichtigen Aufgaben und Investitionen auf staatlicher und kommunaler Ebene nicht qualifiziert und verantwortlich wahrgenommen werden. Dafür werden wir **Freie Wähler** uns einsetzen.

Wir **Freie Wähler** fordern eine und stehen für  
**moderne Verwaltung.**

## **Wirtschaft, Arbeit, Zukunft**

In den letzten Jahren ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland drastisch zurückgegangen. Menschen, Wirtschaft, und Politik warten dringend auf positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

### ***Langandauernder Prozess mit unterschiedlichen Ursachen***

Die desolote Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist ein lang andauernder Prozess, der verschiedene Ursachen aufweist: die Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, viele sinnlose Gesetze und Verordnungen, zu niedrige Qualifizierung der Arbeitskräfte sowie eine zu hohe Steuerbelastung für Arbeit, Wirtschaft und Privathaushalte.

### ***Mit konsequenten Maßnahmen reagieren!***

Daher setzen wir **Freie Wähler** auf folgende Maßnahmen mit dem Ziel den Arbeitsmarkt grundlegend zu reformieren:

Wir **Freie Wähler** fordern daher:

1. Abbau der Regulierungen
2. Tragbare Steuerreform und Steuervereinfachung
3. Reduzierung der Lohnnebenkosten
4. Maßnahmen zur Beschäftigung der ungelerten und geringqualifizierten Arbeitskräfte
5. Förderungsmaßnahmen für Existenzgründer
6. Veränderung der Arbeitszeitregelung
7. Europäische und internationale Regelung für die Besteuerung von Großunternehmen
8. Regionale Wirtschaftsförderung

9. Günstigere Rahmenbedingungen für die Schaffung von Ausbildungsplätzen
10. Lockerung des Meisterzwanges in bestimmten Branchen
11. Reform der Arbeitslosensicherung und Sozialhilfe
12. Zumutbarkeitsveränderungen für Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose

Die *Freien Wähler* setzen auf

## **Wirtschaft, Arbeit, Zukunft.**

## **Bildung, Ausbildung, Wissenschaft**

Vergleichsstudien haben gezeigt, dass Deutschland nur noch Mittelmas ist. In Sachen Bildung krankt es an allen Ecken und Enden.

Unser Schulsystem tötet Neugierde und Begeisterung, viele Schüler sind frustriert, viele Lehrer den Anforderungen nicht gewachsen und ausgebrannt.

Die gesellschaftliche Anerkennung und in vielen Fällen auch die tatsächliche Qualität der Bildungsabschlüsse Haupt- und Realschule ist zu gering. Die berufliche Aus- und Weiterbildung ist unzureichend.

An den Universitäten und Hochschulen lässt sich eine Desorientierung festzustellen. Insbesondere in den Geistes- und Naturwissenschaften muss die Frage nach Bildungszielen, Ausbildungsformen und nach gestaffelten, auch praxisbezogenen Studienabschlüssen völlig neu aufgeworfen und umgesetzt werden.

### ***Höchste Priorität für Bildung setzen***

Bildung ist die entscheidende Ressource für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

In einer Gesellschaft, in der lebenslanges Lernen als „Überlebensprinzip“ ansteht, muss die Schule das Instrumentarium dafür bereitstellen und den Lernenden die „Fähigkeit zu lernen und kreativ zu sein vermitteln und Begabung zu fördern.

Je komplizierter und undurchsichtiger die Prozesse in der Wirtschaft und Gesellschaft ablaufen, umso klarer und durchschaubarer müssen der Fächerkanon und Stoffpläne sein.

Die bestehenden Schulsysteme müssen dabei nicht in Frage gestellt werden. **Freie Wähler** stehen für Schulvielfalt. Das „Lernen lernen“ gilt für alle Gliederungen in gleicher Weise.

Das Prinzip der Bildungsgerechtigkeit erfordert, dass die Durchlässigkeit im gesamten Bildungssystem gewährleistet ist.

Der Leistungsgedanke im Sinne von Fördern und Fordern ist im gesamten Ausbildungsbereich als Maßstab anzusetzen.

Im Bereich von Grund- und Hauptschulen muss das Fördern im Vordergrund stehen, mit zunehmenden Alter der Schüler und zunehmender Qualifikation bis hin zum Studium muss in stärkerem Maße Leistungen Eigeninitiative und Einsatzbereitschaft gefordert werden

Die Schulen, insbesondere die Haupt- und Realschulen, müssen sich den gesellschaftspolitischen Problemen stellen. Schule, Lehrer, Schüler und Eltern dürfen nicht mit dieser Aufgabe allein gelassen werden.

Die Schule muss einen Teil der Erziehungsaufgabe übernehmen, die von vielen Elternhäusern nicht mehr wahrgenommen werden kann. Die Einführung von unterschiedlichen Ganztagsangeboten soll dort, wo es regional sinnvoll und von der Schulgemeinde gewollt ist, erfolgen.

Wir **Freie Wähler** setzen auf bessere

## **Bildung, Ausbildung und Wissenschaft.**

## **Gesundheit ist Staatsziel**

### **- Nein zur Zwei-Klassen-Medizin -**

Das hohe Niveau der medizinischen Versorgung muss erhalten bleiben, obwohl wir immer älter und die Behandlungsstandards immer anspruchsvoller werden.

Die **Freien Wähler** sprechen sich nachdrücklich gegen eine „Zwei-Klassen-Medizin“ aus. Die begrenzten Mittel müssen möglichst effektiv eingesetzt werden. Gesundheitsförderung und Prävention sind zu intensivieren.

Gesundheit ist für jeden Menschen das kostbarste Gut. Deshalb ist eine erstklassige medizinische Versorgung der Bevölkerung gleich welchen Alters oberstes Gebot.

Wer im Gesundheitswesen die Solidarität erhalten und die Qualität stärken will, muss zu mutigen Reformen bereit sein. Dazu ist es unverzichtbar, die solidarische Wettbewerbsordnung im Gesundheitswesen auszubauen und die Transparenz zu verbessern.

#### ***Solidarität erhalten***

Das Prinzip der solidarischen Ausrichtung des Gesundheitswesens bleibt richtig. Ebenso ist die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber grundsätzlich beizubehalten, wobei klar ist, dass die wachsenden medizinischen Möglichkeiten und das wachsende Alter der Bevölkerung bei gleichzeitig weniger werdenden Beitragszahlern auch die Kosten für alle Beteiligten erhöht.

Zu den solidarischen Stärken unseres Gesundheitssystems zählen:

- Umfassender Versicherungsschutz aller,
- ein vom Einkommen unabhängiger Leistungsanspruch,
- die strikte Orientierung am medizinisch Notwendigen,
- Versorgung ohne lange Wartelisten.

#### ***Mensch steht im Mittelpunkt***

Bei allen Überlegungen und Reformansätzen, Kostenreduzierungen, Einsparungen und Veränderungen muss jedem klar sein, dass es den Sozialstaat, in dem wir leben, mit den sozialen Leistungen im beschriebenen Umfang nicht gäbe. Damit ist das Gesundheitswesen eine tragende Säule unserer Gesellschaft..

Der Mensch darf daher nicht länger allein Objekt der staatlichen Fürsorge sein, sondern soll in ihr selbständig handelndes Subjekt werden. Er soll mehr mitentscheiden dürfen und erfahren, was für ihn sinnvolle Behandlungsformen sind.

Dazu bedarf es eines vorbehaltlosen Einsatzes für den Erhalt von Selbstverwaltung und Solidarprinzip unseres Gesundheitswesens. Es kann und darf nicht sein, dass zukünftig nur derjenige das Notwendige zur rechten Zeit erhält, der es sich leisten kann. Arzt und Patient müssen über das Wohl und die Behandlung die Entscheidung treffen dürfen und nicht die Kostenträger allein.

Wir **Freie Wähler** bekennen uns zu

**Gesundheit als Staatsziel.  
nein zur Zwei-Klassen-Medizin.**

## Soziale Sicherung

Die vielzitierte Politikverdrossenheit, also die Akzeptanzprobleme vieler Menschen gegenüber Staat und politischer Gesellschaft, rühren nicht zuletzt daher, dass es gravierende Fehlentwicklungen und Ungerechtigkeiten im sozialpolitischen Aufbau unseres Gesellschaftssystems gibt.

Soziale Errungenschaften, die auf der Grundlage einer freien und sozialen Marktwirtschaft lange Zeit als weltweit vorbildlich galten weil sie nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch hoch leistungsfähig waren, sind heute gekennzeichnet von Stagnation, Besitzstandswahrung, mangelnder Eigenverantwortung und ungerechter Ressourcenverteilung.

Unsere sozialen Sicherungssysteme wurden der sich wandelnden Gesellschaft nicht angepasst, sodass die Bevölkerung heute angesichts leerer Kassen, fehlender Reformen, undurchsichtiger Strukturen und mutloser Politik der Zukunft mit zunehmender Sorge entgegenblickt.

### ***Arbeit, Krankheit und Behinderung, Alter und Pflege – Vertrauen herstellen***

Das Vertrauen in ein sicheres soziales Gefüge, das die großen Lebensrisiken insbesondere in den Bereichen Arbeit, Krankheit, Behinderungen sowie Alter und Pflege abfedert, ist tief erschüttert, weil diese Sicherungssysteme mehr und mehr als „normale“, ganz selbstverständlich auch langfristig zu beanspruchende Einnahmequellen genutzt und damit zum Teil missbraucht werden.

Die ursprüngliche Intention, staatliche Hilfe stets als eine solidarisch aufgebrachte Hilfe zur Selbsthilfe im Fall einer akuten Notsituation zu verstehen, tritt mehr und mehr in den Hintergrund.

### ***Gesamte sozialpolitische Bereiche reformieren!***

Der gesamte sozialpolitische Bereich muss reformiert und der veränderten Gesellschaft sowie der demografischen Entwicklung angepasst werden. Um unser soziales System wieder leistungsfähig zu machen, fordern die **Freien Wähler** zunächst die sozialen Kassen von versicherungsfremden Leistungen wie Um- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen oder Kostenanteilen der deutschen Einheit zu befreien und Strukturen zu schaffen, die transparent und für die Nutzer nachzuvollziehen sind.

Ferner soll der Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe wieder mehr in den Focus der Öffentlichkeit gerückt werden. Eigenverantwortlichkeit statt Rundumversorgung, Kostenbewusstsein statt „ist-ja-nicht-mein-Geld“-Mentalität, Solidarität statt Anspruchsdenken sind die Ziele einer veränderten Beziehung zwischen Sozialstaat und Bürgerschaft.

Wir **Freie Wähler** treten ein für

**soziale Sicherung.**

## **Innere Sicherheit, Friede und Gerechtigkeit**

In der öffentlichen politischen Diskussion werden Fragen zur inneren Sicherheit zunehmend wichtiger. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich in ihrer persönlichen Freiheit und Sicherheit gefährdet. Der Ruf nach effektiver Strafverfolgung seitens der Polizei und Ahndung durch die Justiz sowie nach Verschärfung bestehender Gesetze wird lauter.

Ziel der Politik zur Erhöhung der Inneren Sicherheit muss es sein, den inneren Frieden zu wahren und das Sicherheitsbedürfnis des einzelnen Bürgers zu erhöhen.

### ***Spannungsfeld: Liberalität und Innere Sicherheit***

Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung steht im ständigen Spannungsfeld zur Liberalität unserer Gesellschaft. Daher ist in jedem Falle abzuwägen, welcher Komponente Vorrang zu geben ist.

Innere Sicherheit erfordert jedoch nicht nur praktikable Rechtsvorschriften, sondern auch die Einrichtung und Erhaltung funktionsfähiger und effektiver Ordnungs- und Strafverfolgungsbehörden sowie einer schnell greifenden und rechtsstaatlich arbeitenden Justiz.

Dies bedeutet, dass ein jeder bei sich selbst anfangen muss: Eigeninitiative der Bürger ist einzufordern. Das Bewusstsein eines jeden einzelnen muss zur Vermeidung von ordnungswidrigem Verhalten und Kriminalität im Ansatz

geschärft werden. Hierzu ist die Vorbildfunktion des einzelnen Mitbürgers vor allem aber auch der im Staat verantwortlich im Blickfeld Stehenden voranzustellen. Vor diesem Hintergrund und mit einem wachen Auge auf die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Liberalität ist das hoheitliche Handeln der Sicherheitsorgane des Staates zu definieren: Es gilt das Bedürfnis der Bürger nach Ruhe, Ordnung und Sicherheit zufrieden zu stellen. Stimmungsmache gegen Ausländer bzw. Minderheiten schlechthin sowie im Rahmen der Strafverfolgung gegenüber Betroffenen lehnen wir **Freie Wähler** mit äußerster Entschiedenheit ab. Wo allerdings Missstände festzustellen sind, ist eine konsequentere Ausnutzung des gesetzlichen Strafrahmens zu fordern.

Der innere Friede wird durch den Ruf nach einem Mehr an Gesetzen, nach einem Mehr an Überwachung oder nach schärferem Gesetzesvollzug nicht erreicht. Die **Freien Wähler** stehen hier für mehr Effektivität und Augenmaß.

Wir **Freie Wähler** setzen und nachdrücklich ein für  
**innere Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit.**

## Mobilität ist Zukunft

Mobilität und gute Verkehrsverbindungen sind wichtige Voraussetzungen für gute Wirtschaftsstrukturen und Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger eines Landes im Hinblick auf deren persönliche Lebensgestaltung.

Als Land in der Mitte Europas kommt unserem Bundesland eine große Bedeutung als Transitland zu; mit allen Vor- und Nachteilen.

Aufgabe der Verkehrspolitik muss es sein, die Verkehrsstruktur so auszubauen, dass einerseits die bestehenden Verkehrsengpässe beseitigt und andererseits die negativen Folgen der gewünschten Mobilität so weit wie möglich vermieden werden.

Es gilt, den Energieverbrauch, die Emission von Schadstoffen und die Lärmbelastung durch alle Verkehrsmittel auf ein erträgliches Maß zu minimieren und Landschaftsverbrauch und die Zerschneidung von Landschaft deutlich zu begrenzen.

Hierbei dürfen keine ideologischen Scheuklappen bestimmte Verkehrsarten oder Verkehrsträger bevorzugen oder ausschließen. Eine klare Abstimmung zwischen allen Verkehrsarten ist erforderlich und der jeweils optimale Verkehrsbereich ist zu fördern.

Eine "Verteufelung" des Individualverkehrs lehnen die **Freien Wähler** grundsätzlich ab.

Es müssen künftig wieder vermehrt Gelder aus dem Mineralölsteueraufkommen für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur bereitstehen, da dies eine wesentliche Förderung der Wirtschaft verbunden mit der Schaffung von Arbeitsplätzen bedeutet.

Das Land Hessen, die Bundesrepublik Deutschland und die anderen EU-Mitgliedsstaaten haben es bisher versäumt, alle Verkehrssysteme in Europa richtig aufeinander abzustimmen und ausreichend auf ihre Zukunftsfähigkeit zu untersuchen.

Die **Freien Wähler** fordern deshalb:

- die bestehenden und geplanten europäischen Verkehrssysteme auf ihre Zukunftsfähigkeit zu untersuchen
- eine Verzahnung aller Verkehrsmittel über ihre Verkehrsträger in Europa herbeizuführen und dabei stets den effizientesten und umweltschonendsten Transportmitteln den Vorzug zu geben
- darauf zu achten, dass nicht Konkurrenz, sondern Kooperation der Verkehrsmittel untereinander im Vordergrund steht

Die **Freien Wähler** fordern die politischen Kräfte in Bund und Land auf, eine verantwortungsvolle Reform der Verkehrspolitik in die Wege zu leiten.

## **Landwirtschaft, ländlicher Raum, Umwelt**

Die landwirtschaftlichen Betriebe erhalten keinen adäquaten Preis für die Leistung, die sie erbringen. Dies gilt für alle Sektoren landwirtschaftlicher Produktion: Ackerbau, Viehhaltung und Milchproduktion. Grund dafür ist, dass es andere Bauern in anderen Ländern gibt, die billiger produzieren können. Generell ist die Produktivität in der Landwirtschaft durch effektiven Maschineneinsatz, „High-Tech“ in Sachen Viehzucht, Saatgut, Düngung und Pflanzenschutz in den letzten Jahren um ein Vielfaches gestiegen. Viele Länder, die klimatisch und von der Geländeoberfläche her gegenüber Deutschland bevorzugt sind, weisen zum allergrößten Teil auch in technologischer Hinsicht den gleichen, häufig sogar einen überlegenen Standard auf. Die Leistung der Bauern hat aber auch eine große gesellschaftliche Funktion und besteht aus Nahrungserzeugung, Pflege der Kulturlandschaft, Stabilisierung des ländlichen Raums durch eine funktionierende Sozialstruktur.

Die Natur stellt die Existenzgrundlage allen Lebens dar. Eine politische Lobby für Umwelt- und Naturschutz ist national und international verstärkt zu unterstützen.

Deutschland und Hessen können zwar die globalen Fehlentwicklungen nicht aufhalten, aber wir sind auf Grund unserer Erkenntnisse und der technologischen Möglichkeiten in der Lage, umweltbewusst zu handeln und Vorbild zu sein. Dies geschieht, indem wir achtungs- und verantwortungsvoll mit Tieren und Umwelt umgehen und auch die Bereitschaft fördern,

einen angemessenen Preis für so erzeugte Lebensmittel zu bezahlen.

### **Strukturen achten – Zukunft schaffen:**

Die **Freien Wähler** wollen eine Perspektive für alle Landwirte in Hessen, die Landwirte bleiben wollen und ein Mindestmaß an betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen mitbringen. Dies heißt für uns konkret: Grundsicherung dieser Betriebe durch Bezahlung der kulturschaffenden Tätigkeit, „Funktionieren“ des ländlichen Raums im Zusammenhang mit der Landwirtschaft, Erhalt der Kulturlandschaft und ausgeglichene, nachhaltige Wirtschaftsweise mit der in sie eingebetteten Natur sowie Entbürokratisierung der staatlichen Förderung und mittelfristige Abwendung der bisherigen Subventionspolitik.

Wir **Freie Wähler** unterstützen, schützen und fördern

## **Landwirtschaft, ländlicher Raum, Umwelt.**

## **Direkte Demokratie – Starke Bürger**

Seit 1949 ist die Bundesrepublik Deutschland eine ausschließlich parlamentarische Demokratie. Diese hat sich einerseits bewährt, andererseits aber auch Schwächen offenbart. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht als Quelle der Staatsgewalt, obwohl es ihnen in der Verfassung garantiert wird.

Für die **Freien Wähler** gilt unser Grundgesetz mit der Aussage: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtssprechung ausgeübt."

Nach Ansicht der **Freien Wähler** sind Volksgesetzgebung sowie Referenden eine sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Von ihnen geht ein Appell an die repräsentativ verfassten Staatsorgane aus, Kompetenzen abzugeben. Sie appellieren an die Bürgerinnen und Bürger, Verantwortung zu übernehmen. Ein Gemeinwesen lebt davon, dass viele Menschen Verantwortung übernehmen. Dies führt zu einer Stabilisierung der Demokratie.

Volksabstimmungen tragen dazu bei, dass sich Menschen mit politischen Fragen und anstehenden Entscheidungen beschäftigen, darüber diskutieren, Meinungen bilden, entscheiden und Verantwortung übernehmen. Die Distanz zwischen Wählern und Gewählten wird dadurch geringer.

Verkrustete Strukturen der parlamentarischen Demokratie werden durch direktdemokratische Instrumente aufgelockert. Vor Volksentscheiden und Referenden finden ausführliche öffentliche Diskussionen statt. Sachargumente treten in den Vordergrund.

Direkte Demokratie gibt den Abgeordneten im Bundestag Auskunft über die jeweilige Stimmung im Volk. Die Einführung der Direkten Demokratie führt nach Ansicht der **Freien Wähler** zu einer sinnvollen Begrenzung der Macht der Parteien.

### ***System in Hessen verändern!***

Die **Freien Wähler** fordern für Hessen die Volksgesetzgebung zu stärken, Finanztabus zu streichen, Themenverbote und zu hohe Hürden zu beseitigen und dementsprechend die Hessische Verfassung zu ändern.

Wir **Freie Wähler** fordern und fördern daher

**Direkte Demokratie,  
starke Bürger.**

## Zukunft@Demokratie

Moderne Medien revolutionieren Gesellschaft, Politik und Verwaltung gleichermaßen. Es gilt, auf die medialen Anforderungen der Zukunft in ausreichendem Maße vorbereitet zu sein und künftige Entwicklungen als Chance zu begreifen.

Die **Freien Wähler** sehen der Zukunft gerne entgegen. Die Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen für diese Entwicklungen zu schaffen.

Trotz aller Chancen sind auch die sicherheitspolitischen Aspekte einer Nutzung zu beachten. Technologien zur Verschlüsselung und Gewährleistungen des Datenschutzes sind weiterzuentwickeln und rechtlich abzusichern.

Moderne Medien sind als Ergänzung zu traditionellen Elementen zu sehen und zu fördern. Dabei gilt unser Augenmerk den elektronischen Rathäusern (E-Government), elektronischen Wahlen im Experimentierstadium (E-Voting), innerparteilicher Willensbildung über das Internet (E-Voting), Gesetzgebungsverfahren mit netzgestützter Öffentlichkeitsbeteiligung, netzgestützter Planungsverfahren, der Fortentwicklung und Verbreitung der elektronischen Signatur, der Verabschiedung eines Informationsfreiheitsgesetzes, einer Überarbeitung des Internet-Auftrittes des Landes Hessen, einer Verbesserung der Informations- und Kommunikationsausstattung (IuK) des Landtages und einer Demokratisierung des Rundfunkes.

Wir **Freie Wähler** begrüßen

**Zukunft@Demokratie.**

## Weniger Partei - Mehr Demokratie

Sinkende Wahlbeteiligungen, schlechte Umfragewerte, Protestwahlen, niedriges Ansehen der politischen Klasse – insgesamt lässt sich die Problematik mit „Politik(er)verdrossenheit“ umschreiben. Es äußert sich in wachsendem Unmut gegenüber der Politik im Allgemeinen und Politikern im Besonderen. Bürgerinnen und Bürger empfinden ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber Regierung und Opposition gleichermaßen. Es fehlt an überzeugenden Persönlichkeiten, der demokratische Gedanke ist im Schwinden.

Um dem entgegenzuwirken fordern wir:

1. Reduzierung der Parteienfinanzierung
2. Direktwahl des Ministerpräsidenten
3. Amtszeitbeschränkung für Regierungsmitglieder auf 3 Legislaturperioden
4. Unvereinbarkeit von Abgeordneten- und Regierungsmandat
5. Abgeordnetendiäten: Festlegung durch unabhängige Kommission; Überprüfung der Höhe und Dauer von Übergangsgeldern und Pensionen, „gläserner Abgeordneter“
6. Stärkung der Rechte der Opposition
7. Reduzierung des Anteils öffentlicher Bediensteter in den Parlamenten
8. Wahl von Verfassungsrichtern, Datenschutzbeauftragter und Präsident Landesrechnungshofes mit 2/3 Mehrheit

Wir **Freien Wähler** setzen uns ein für

**Weniger Partei - Mehr Demokratie.**

## Transparente Parteienfinanzierung

Die **Freien Wähler** fordern eine zügige Novellierung des Parteiengesetzes in die Wege zu leiten. Die Spendenskandale haben gezeigt, dass eine grundsätzliche Reform der Parteienfinanzierung geboten ist. Nur mit einem wesentlich restriktiveren Parteiengesetz kann das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Demokratie wieder hergestellt werden.

Die **Freien Wähler** fordern die Umsetzung der nachfolgenden Punkte bei einer Novellierung:

1. Angemessene Obergrenzen für Spenden: Spenden von juristischen und natürlichen Personen an eine Partei nur bis zur maximalen Höhe von 25.000 EURO pro Jahr
2. Verbot von Spenden juristischer Personen an einzelne Mandatsträger oder Kandidaten
3. Begrenzung der Höhe von Barspenden auf maximal 1000 EURO
4. Transparenz durch Veröffentlichungspflicht aller Spenden an eine Partei oder einzelne Mandatsträger / Kandidaten ab 2500 EURO
5. Marktgerechte Bewertung von Sachspenden, die den Geldspenden gleichzustellen sind
6. Genauere Aufschlüsselung des Rechenschaftsberichtes (insbesondere der größeren Einzelbeträge in der Rubrik „Sonstige Einnahmen“)
7. Veröffentlichung der Rechenschaftsberichte der Parteien im Internet
8. Zuverlässigere Kontrolle durch ein weisungsunabhängiges Kontrollgremium, das dem Büro des

- Bundestagspräsidenten zugeordnet wird
9. Adäquate Sanktionen: Neben der bestehenden Androhung von Strafzahlungen gegenüber den Parteien müssen auch strafrechtliche Sanktionen gegenüber Einzelpersonen sowohl in Form von Geld- oder Freiheitsstrafen als auch durch Mandatsverlust und Aberkennung des passiven Wahlrechts bei schweren Verfehlungen folgen
  10. Einführung eines Ehrenkodexes für Politiker, mit entsprechender Sanktionswirkung bei Verstößen
  11. Offenlegung möglicher oder tatsächlicher finanzieller, fachlicher, beruflicher oder persönlicher Interessenkonflikte gegenüber dem Parlamentsvorsitzenden
  12. Offenlegung aller Nebentätigkeiten von Abgeordneten / Regierungsmitgliedern sind im Handbuch des Bundestages und im Internet zu veröffentlichen
  13. Einrichtung eines beim Bundesrechnungshof anzusiedelnden unabhängigen Ausschusses, der eine umfassende Kompetenz zur Nachforschung bei Korruptionsverdacht hat
  14. Ende der Selbstfestsetzung von Diäten, Aufwandsentschädigungen, Mitarbeiterpauschalen, Übergangsgeldern und Pensionen durch die Abgeordneten – dies ist einer unabhängigen Kommission zu übertragen
  15. Radikale Kürzung der staatlichen Parteienfinanzierung (gegenwärtig 245 Millionen DM im Jahr ohne die Zuschüsse für Fraktionen und Stiftungen)
  16. Anpassung der steuerlichen Begünstigungsgrenze für Spenden an politische Parteien an die Bestimmungen für Wählergruppen

17. Gleichstellung der Wählergruppen bei der kommunalen Parteienfinanzierung (damit Umsetzung des BVerfG-Urteils)
18. Gesetzliches Verbot der Zwangsabgaben von Abgeordneten an ihre Parteien
19. Gesetzliche Beschränkung der Ausgaben für Wahlkämpfe
20. Verbot von wirtschaftlichen Beteiligungen der Parteien an Medienunternehmen

Wir **Freie Wähler** stehen für und fordern eine  
**transparente**  
**Parteienfinanzierung.**

## Impressum / Weitere Informationen:

Diese Leitlinien vermitteln Ihnen in Kurzform die grundsätzlichen Positionen der **Freien Wähler – FWG Hessen e.V.**

Den Leitlinien liegen unsere Arbeitsmaterialien mit ausführlichen, konkreten und detaillierten Vorschlägen zugrunde. Sie können diese sowohl über unseren Internetauftritt als auch über unsere Landesgeschäftsstelle beziehen!

Wir bedanken uns für Ihr Interesse!



Verantwortlich:

**Freie Wähler – FWG Hessen e.V.**

Landesverband  
 Europastraße 3  
 35394 Gießen

Tel. 0641 – 49411688

Fax. 0641 – 9443498

Email: [gstelle@fwg-hessen.de](mailto:gstelle@fwg-hessen.de)

<http://www.fwg-hessen.de>